



EIMER

06 / 2006

EINMAL IM MONAT EIN RUNDSCHREIBEN
VOM JUSO KREISVERBAND RHEIN-NECKAR

EDITORIAL

WILLKOMMEN ZUM EIMER!

Die Fussball-WM zieht ganz Deutschland in ihren Bann. Kaum ein Haus, an dem nicht wenigstens eine deutsche Flagge weht (und selbstverständlich finden wir im Straßenbild auch die Flaggen anderer Nationen). Auch der EIMER möchte sich diesem schwarz-rot-gold-Hype nicht entziehen, wie ihr sicher seht. Nun ist sie also zu Gast bei Freunden, die Welt. Bislang hat sich das Sicherheitskonzept der Experten scheinbar bewährt. Bis auf kleinere Ausschreitungen feiern Gastgeber und Gäste gemeinsam ein Fussballfest. Auch die Ergebnisse unserer Nationalmannschaft können sich bislang sehen lassen. Es heißt also Daumen drücken, damit es klappt mit dem Titelgewinn im eigenen Land.

Doch wegen soviel Fussball steht die Welt nicht still. Bei den Jusos und auch in der großen Politik geht das Leben (fast) normal weiter. Der EIMER berichtet in dieser Ausgabe wieder jede Menge Interessantes. Da wären ein längerer Artikel über das Frühjahrseminar in Epfenbach (selbstverständlich mit Bildern), Berichte aus dem Kreisvorstand und selbstverständlich auch Politisches. Daneben ein Quiz, das Euch auf die weitergehende Grundsatzzdebatte einstimmt und am Ende gibt auch Genosse Miesepeter wieder seinen Senf dazu. Erstmals in dieser EIMER-Ausgabe haben wir uns entschieden, eine Werbung zu schalten. Wir hoffen, dass Ihr damit einverstanden seid. Wie immer kann und soll der EIMER die Diskussion anregen und Reaktionen hervorrufen.

Und nun viel Spaß!

Euer Lars

AUS DEM KREISVORSTAND

Liebe Jusos,

im Juni hatten wir zwei sehr informative Veranstaltun-

gen. Im Anschluss zu unserer Kreisvorstandssitzung veranstalteten wir zusammen mit den Jusos Sinsheim eine Podiumsdiskussion zum Thema „Soziale Gerechtigkeit heute“.

Die zweite große Veranstaltung in diesem Monat war das Jusoseminar in Epfenbach. Thema des Seminars war „Die Zukunft der Arbeitswelt in einer globalisierten Gesellschaft“. Auf dem gut besuchten Seminar konnten sich die Teilnehmer zu diesem Themenfeld informieren.

Viele haben mich schon per eMail oder Telefon angefragt, was denn aus unserer ursprünglich für Juni/Juli geplanten Veranstaltungsreihe „Ausbildung“ wird. Hierzu kann ich euch sagen, dass wir auf unserer Klausur Anfang Juni beschlossen haben die Veranstaltungsreihe in den Monat September/Okttober zu legen, da sich dann - nach der Fussball WM und dem ausgehenden Sommer - die Bevölkerung wieder eher zu politischen Abendveranstaltungen locken lässt.

Auch in der Trikotsache sind wir einen Schritt weiter. Um bestellen zu können, muss mir nur noch mal jeder, der ein Shirt bestellen möchte seine Größe mitteilen, so dass wir in schätzungsweise 10 Tagen den Auftrag der Firma erteilen können. Die Kosten pro Shirt liegen bei 10 €, wobei wir hier noch kräftig subventionieren.

Viele Grüße,
Carsten

POLITISCHES

ZWEI SEITEN EINER GESCHICHTE - DER ATOMKONFLIKT MIT DEM IRAN

Dieser Konflikt verfolgt uns nun schon seit einigen Jahren. In den letzten Monaten hat er sich zunehmend zuge- spitzt. Grund genug mal etwas genauer hinzusehen und sich nicht nur ständig mit den Argumenten der einen Seite auseinanderzusetzen.

Die Situation ist folgende. Ein Land möchte über die Atomenergie verfügen. Sei es nun für friedliche Zwecke, oder zum Zweck eine Atombombe herzustellen. Für bei-

des gibt es Argumente. Andere Länder möchten diesen Schritt verhindern, weil sie Angst davor haben, das Land könnte diese Energiequelle zu kriegerischen Zwecken nutzen. Diese Furcht ist auf den ersten Blick nicht ganz unbegründet, entbehrt aber beim zweiten Hinsehen jeder Grundlage. Tatsächlich ist es eher so, dass ein großes westliches Land einfach nicht mit der Regierung in Teheran klar kommt. Sie hält sie für nicht demokratisch legitimiert und möchte deshalb nicht mit ihr reden. Wobei selbst das nur ein Scheinargument ist, denn dieses westliche Land unterhält bereits zahlreiche Kontakte zu nicht demokratisch legitimierten Regierungen, dass es auf eine mehr nicht ankäme. Es ist vielmehr eine Prestigefrage, da das große westliche Land die Nahostpolitik zu seiner Visitenkarte erklärt hat. Bisher haben die Amerikaner im Nahen Osten allerdings alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte. Angefangen im Iran mit dem Sturz einer demokratischen Regierung im Jahre 1953, weiter mit der Unterstützung eines gewissen Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran von 1980 bis 88. Und zuletzt die Invasion im Irak 2003, die das Land nachhaltig destabilisierte und zu Anarchie führte. Ich sehe also absolut keinen Grund den USA in diesem Fall zu vertrauen.

Für den Iran stellt sich die ganze Angelegenheit etwas anders dar. In der iranischen Geschichte haben sich die USA als böswilliger Feind manifestiert. Am Anfang stand die CIA Aktion im Jahre 1953, die die damalige demokratische Regierung stürzte und dafür sorgte, dass der Schah wieder zurückkehrte. Die Aktion wurde durchgeführt, weil die britische BP die Gewinne aus dem Ölfördergeschäft nicht zur Hälfte mit dem Iran teilen wollte und der Iran daraufhin seine Ölquellen verstaatlichte. Dies passte den USA nicht.

In der Folge kam es im Jahre 1979 zur islamischen Revolution, bei der der von den USA unterstützte Schah fliehen musste und der Schiitenführer Chomeini an die Macht kam. Daraufhin unterstützen die Amerikaner den Nachbarstaat Irak im Krieg gegen den Iran über 8 Jahre hinweg mit Waffensystemen und mischten sich somit in einen regionalen und aus regionalen Gründen geführten Krieg ein.

Am bedrohlichsten stellt sich allerdings die Situation aus Sicht des Iran heute dar. Die USA haben den Iran umzingelt. Ihr Militär befindet sich in den angrenzenden Ländern Irak, Türkei und Afghanistan und die Regierung in Washington fährt eine scharfe Rhetorik gegen den Iran. Dadurch entsteht für den Iran eine Bedrohungssituation. Vor allem im Kontext des Atomkonflikts. Denn der Iran ist Mitglied im Atomwaffensperrvertrag und hat somit das verbriefte Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie, das ihm Europa und die USA gerade verweigern wollen. Darüber hinaus ist es für den Westen schwer zu kommunizieren, dass der Iran zusätzlich keine Atomwaffen besitzen darf. Denn schließlich wurden weder gegen Indien,

noch gegen Pakistan und erst recht nicht gegen Israel irgendwelche Schritte eingeleitet als sie vor dem Schritt zur Atombombe standen. Daraus folgt, dass Dreistigkeit siegt. Und genau nach diesem Muster agiert Iran im Moment. Der Westen wird hingehalten mit Versprechungen und halbherzigen Zusagen. Das ist auch verständlich aus Sicht des Iran, denn es besteht für die Regierung in Teheran absolut kein Grund dem Westen zu vertrauen. Zum einen, weil ihm selbst kein Vertrauen entgegen gebracht wird im Bezug auf die Atomenergie, und zum anderen, weil Iran aus der Geschichte gelernt hat und dem Westen mit Misstrauen entgegen tritt.

Die USA haben sich indes eine neue Argumentationslinie zugelegt, die ihnen in den Grauzonen sehr hilft. Die USA deklarieren eine Regierung dann für demokratisch, wenn sie sich den Bedingungen Washingtons beugt. Ist das nicht der Fall, findet sich immer ein Grund die Regierung als undemokratisch hinzustellen und deshalb nicht in Verhandlungen mit ihr zu treten. Dazu kommt, dass der Iran sich in eben solch einer demokratischen Grauzone befindet. Die Regierung ist zwar demokratisch gewählt, wird allerdings vom religiösen Führer und dem Wächterrat stark beeinflusst und beschränkt. So müssen zum Beispiel die Parlamentskandidaten erst vom Wächterrat genehmigt werden. Der Wächterrat prüft Gesetzentwürfe des Parlaments erst auf ihre Übereinstimmung mit den islamischen Regeln und genehmigt sie erst dann. Der derzeitige Präsident gilt dazu als Hardliner und „religiöser Faschist“.

Trotz alledem muss man die Wahl des iranischen Volkes, die zwar überraschend aber demokratisch verlief, akzeptieren. Vorwürfe die Wahlen seien undemokratisch abgelaufen und die Menschen seien beeinflusst worden, lassen sich immer leicht in den Raum stellen. Diese Argumente entkräften sich allerdings, wenn man sieht welches Land diese Vorwürfe erhebt. In den USA ist die Beeinflussung der Wähler auch sehr stark. Das Wissen über die Welt außerhalb der USA ist bei den Amerikanern traditionell schwach. Diese Schwäche nutzt die Regierung systematisch aus und verzerrt das Weltbild nach ihrem Gutdünken. Dazu kommt, dass sich die Medien inzwischen teilweise in eine Art Selbstzensur begeben haben, da Kritik an der Regierung nach dem 11. September unpatriotisch ist.

In den USA wurden in den letzten Jahren Gesetze erlassen, die rein gar nichts mit den Werten von Demokratie zu tun haben. Zum Beispiel der „Patriot Act“, der es der Polizei ermöglicht Menschen ohne Gerichtsverfahren und ohne Angabe von Gründen für unbestimmte Zeit festzuhalten, oder der „Patriot Act II“, der zum Beispiel dafür sorgt, dass die US Regierung jeden Kauf eines Buches überwachen kann und somit „potentielle terroristische Tendenzen“ herausfinden kann.

Vor diesem Hintergrund anderen Ländern undemokratisches Verhalten vorzuwerfen ist mindestens zweifelhaft.

Sicher ist der Iran kein demokratisches Land im westlichen Sinne, aber die demokratischen Kräfte in der Bevölkerung und in der Elite sind vorhanden. Durch solches Säbelrasseln wie im Moment werden sie aber eher geschwächt, da Präsident Ahmadinedschad dadurch eine Steilvorlage geliefert wird. In diesem Kontext wählt er auch seine anti-israelische Rhetorik bewusst, weil er sich dadurch den Rückhalt in der Bevölkerung sichert. Denn gegen Israel zu wettern und sich dabei im Ton zu vergreifen, hat im Iran eine lange Tradition. Tatsache ist trotzdem, dass Juden im Iran friedlich leben und Religionsfreiheit genießen.

Man kann die Sache drehen und wenden wie man will, am Ende bleiben nur zwei Möglichkeiten übrig. Dass der Iran die Atomenergie für sich will, ist klar; dass er in den Besitz von Atomwaffen kommen will, zumindest wahrscheinlich. Daran wird man auch mit Verhandlungen nichts ändern können. Man wird dem Iran höchstens noch ein paar Zugeständnisse abringen können. Ob diese letztlich eingehalten werden, ist fraglich. Europa und den USA bleiben somit nur zwei Möglichkeiten. Entweder man lässt den Iran gewähren oder man erklärt ihm den Krieg.

Für ersteres spricht, dass der Iran selbst beim Erlangen der Atombombe wohl nicht dumm genug sein wird sie auch einzusetzen. Denn sollte dies passieren, muss der Iran wissen, dass die Reaktion des Westens alles andere als verhalten sein wird, da entweder Israel oder die USA daraufhin mit einem Atomschlag antworten werden. Es ist also eher wahrscheinlich, dass Iran die Atombombe als Abschreckung gegenüber Israel und den USA haben möchte. Letztlich würde dies auch nur einen Bedrohungsausgleich bedeuten, da Israel und die USA bereits über Atomwaffen verfügen. Ob man das Risiko eines atomar aufgerüsteten Irans eingehen möchte, liegt allerdings im politischen Ermessen. Im Moment sieht es nicht danach aus.

Die andere Möglichkeit wären zum einen gezielte militärische Schläge gegen Irans Atomanlagen. Nachteil dabei ist, dass man eigentlich nicht weiß wo diese sich befinden, da die wirklich wichtigen Komplexe unterirdisch liegen. Außerdem würde dies nur eine weitere Verzögerung und keine Beendigung des iranischen Atomprogramms bedeuten.

Zum anderen käme noch eine Invasion in Frage. Dagegen steht, das kein Land, nicht mal die USA die nötigen Ressourcen dafür hätten, und dass der Versuch sehr wahrscheinlich zu einer machtpolitischen Überdehnung führen würde. Mit so einem Schritt würde man die islamische Welt endgültig gegen sich aufbringen, mit unabsehbaren Konsequenzen. Die Gefahr einer weiteren Provokation besteht allein schon in einzelnen Militärschlägen.

Welcher Weg nun der klügste ist, kann wahrscheinlich niemand abschätzen. Es geht wohl auch eher um die Frage welcher davon der dümmste ist. Andere Möglichkei-

ten sind zur Zeit jedenfalls nicht in Sicht. Den USA wird hinterher der schwarze Peter anhängen und die Entscheidung des weiteren Vorgehens liegt faktisch bei ihnen. Europa befindet sich in diesem Konflikt nur in einer Moderatorenrolle. Ob man vielleicht diesmal in Washington klug entscheiden wird, muss sich zeigen. Wahrscheinlich ist es allerdings nicht.

Klaus-Henning Kluge

WO BLEIBT DAS AUGENMASS?

Der Ärztestreik ist beendet, es lebe der Ärztestreik! Wäre doch zu einfach: Die Länder einigen sich mit den Ärzten, die Kommunen übernehmen den ausgehandelten Kompromiss und alle wären zufrieden. Alle? Sicher nicht. Das was Länder und Marburger Bund da ausgehandelt haben, wird die gesetzlich Versicherten teuer zu stehen kommen. Eine Berufsgruppe, die wie keine andere betont, wie sehr es ihr um das Wohl des Patienten gehe, fordert 30% mehr Gehalt. Bessere Arbeitsbedingungen? Sicher. Weniger Überstunde? Selbstverständlich! Mehr Gehalt? Wie genau nutzt das jetzt noch gleich dem Patienten? Ist der behandelnde Arzt zufriedener wenn er sich bei der Behandlung die Summe seiner nächsten Gehaltsüberweisung vorstellt? Sind seine Diagnosen zutreffender, die Verschreibungen notwendiger oder hört er besser zu, weil er mehr verdient - ich denke, die Antwort kann jeder selbst geben. Deshalb soll an dieser Stelle nur ein wenig Klarheit geschaffen werden: Wer hat die Ausbildung eines jeden einzelnen Arztes bezahlt (sofern diese an einer deutschen Hochschule stattfand)? Der Steuerzahler. Wer bezahlt das Gehalt eines jeden Arztes, der an einem staatlichen Krankenhaus Dienst tut? Der Steuerzahler. Wem sind die Ärzte verpflichtet? Dem Steuerzahler!

Wie jedoch sieht diese Verpflichtung aus? Selbstverständlich bleibt es notwendig, dass unsere Ärzte in der Lage sind, jeden Patienten bestmöglich zu behandeln. Überarbeitete, übermüdete oder frustrierte Ärzte sind da fehl am Platz. Teil einer Lösung kann nur die Verbesserung der Arbeitsbedingungen inklusive einer fairen Bereitschaftsregelung sein. So die eine Seite. Andererseits erfordert sein Beruf vom Arzt eine besondere Hingabe. Wer Arzt wird, sollte dies auch aus Berufung tun. Aus dem Wunsch heraus, Menschen zu helfen und zu heilen. Und ein Arzt, der seinen Beruf als Berufung betrachtet wird akzeptieren, dass die Gemeinschaft für die Ausbildung aufgekommen ist und er somit eine Bringschuld hat. Diese Bringschuld leistet er mit seinem Dienst in den öffentlichen Krankenhäusern ab. Wer sich bewährt und auszeichnet, hat auch heute noch die Chance einen Aufstieg zu machen, der ihm mit der Zeit auch einen sehr guten Lebensstandard ermöglichen wird. Doch in der Medizin ist es mittlerweile wie in den meisten Berufssparten. Das Überangebot

an Arbeitskräften verringert die Chancen des einzelnen auf herausragende Verdienstmöglichkeiten. Als Sozialdemokraten sollten wir dies ebenso wenig hinnehmen, wie überzogene Forderungen. Nur im Augenmaß jedes einzelnen liegt Solidarität. Und nur Solidarität gewährt Beitragsstabilität.

Lars-Christian Treusch

FRÜHJAHRSSEMINAR IN EPFENBACH

Am Wochenende 16. bis 18. Juni fand es nun endlich statt. Das Frühjahrs- (diesmal wohl eher Sommer-) seminar der Jusos Rhein-Neckar, Heidelberg und Mannheim. Das blumige Thema hieß „Zukunft des Arbeitsmarktes in einer globalisierten Gesellschaft“ und das umfangreiche Programm versprach interessante Diskussionen und neue Einblicke. Den Anfang machte Klaus-Henning Kluge (KV Rhein-Neckar) mit seinem Referat zum Zusammenhang von Globalisierung und Arbeitsmarkt am Freitagabend. Die Zahlen, die er den ca. 30 Anwesenden präsentierte stimmten schon einmal auf das ein, was uns in Zukunft wohl noch erwarten wird und was es dringend zu verhindern gilt. Schon hier, ganz zu Beginn des Seminars konnte man ablesen, welche hitzige Debatte das Thema selbst in den eigenen Reihen auslösen kann.

Diese Debatte wurde im Planspiel Samstagvormittags fortgeführt. Es wurden zwei Teams gebildet, wobei ein Team in einer gestellten Diskussionsrunde die sozialdemokratische Position zu verteidigen hatte, während das andere Team sich auf neoliberale Thesen und Argumente zu berufen hatte. Erwartungsgemäß ging es kraftvoll zur Sache, keiner schonte den „politischen Gegner“ und auch der Spaß kam jusetypisch nicht zu kurz. Ziel des Spiels war es zum einen, sich in der Diskussionsituation zu behaupten und zum anderen auch, die Argumente anderer politischer Anschauungen kennenzulernen, ohne sie unesehen abzutun. Die Abschlussbewertung machte deutlich, dass beide Teams ihren Job recht gut gemacht hatten.

Der Nachmittag stand dann im Zeichen externer Referenten. Dr. Hans-Christian Krcal (Universität Heidelberg) referierte zum Thema Globalisierung aus Wirtschaftssicht, Maximilian Grasl ebenfalls Uni Heidelberg referierte zum Thema Politik und was sie im Arbeitsmarktbereich unternehmen kann. Stefan Rebman vom DGB Rhein-Neckar führt in die internationale Gewerkschaftsarbeit ein. Im Anschluss an die Forenarbeit wurden die Ergebnisse den anderen Teilnehmern präsentiert und mögliche Forderungen abgeleitet. Diese Forderungen wollen die drei Kreisverbände noch miteinander abstimmen und in ihre Arbeit einfließen lassen. Möglicherweise wird ein Antrag an den Landesverband formuliert werden. Gegen Abend fand sich ein letzter Referent ein. Jens

Hildebrandt Doktorand an der Universität Mannheim sprach zum Thema „Zukunft der Arbeit, Globalisierung verantwortlich gestalten“.



Begrüßung zum Frühjahrsseminar 2006

Anschließend wurde gegrillt und gefeiert. Herzlicher Dank geht an dieser Stelle an Daniel Hamers und Jan Schabeck, die mit ihrem Abendspiel noch einmal richtig Action verbreiteten. Und wer hätte sich nicht schon lange gewünscht, einige Genossinnen und Genossen einmal mit einem „Negerkuss...äh...Mohrenkopf...äh...ihr wisst was ich meine ...Bombardement“ (khk) einzudecken.

Das Seminar endete am Sonntagvormittag mit Abbauen, Aufräumen und der Versteigerung der hochbegehrten Reste. Zum Abschluss hier noch ein ganz dickes Lob an das Seminarteam, welchem aus Rhein-Neckar nur Klaus-Henning Kluge durchgehend angehörte. Trotz einiger Probleme, die es zu lösen galt, konnten sich über 30 Jusos an einem hochinteressanten und durchgehend gut organisierten Seminar erfreuen. Hierfür VIELEN DANK!

Lars-Christian Treusch

DIE EIMER MITMACH-ECKE

DAS QUIZ ZUM GRUNDSATZPROGRAMM

Die SPD gibt sich in diesen Tagen ein neues Grundsatzprogramm. Die Diskussion darüber ist seit Monaten entbrannt und wird uns auch in den kommenden Monaten weiterhin beschäftigen. Aber schließlich geht es auch nicht um irgend etwas! Das Grundsatzprogramm einer Partei ist ihr Kernstück. Darin ist festgelegt, welchen Grundsätzen und Handlungsmaximen sie sich verpflichtet fühlt. Ein Grundsatzprogramm sollte auch niemals ein Schnellschuss sein, oder von oben aufoktroyiert werden. Es muss aus der Diskussion der Basis heraus entstehen, nur so kann sichergestellt werden, dass es ein aktuelles, auf die Probleme und Herausforderungen seiner Zeit bezogenes Dokument ist mit dem sich alle Mitglieder identifizieren können. Selbstverständlich muss sich nicht ein

jeder in jedem Satz wiederfinden, doch das Gesamtwerk muss die Zustimmung aller finden, nur so kann die Partei nach außen als Eins auftreten.

In ihrer über hundert Jahre langen Geschichte hatte die SPD bereits einige Programme. Angefangen mit dem Erfurter Programm von 1891 über die Programm von Görlitz (1921), Heidelberg (1925) und dem berühmten Godesberger Programm von 1959 bis hin zum aktuell gültigen Programm von Berlin (1989) mit seinen 1998 in Leipzig hinzugefügten Änderungen. Doch das gerade in der Diskussion befindliche Programm wird vieles leisten müssen. Es muss die Zwänge der Wiedervereinigung und des wirtschaftlichen Drucks durch die Globalisierung ebenso einbeziehen, wie die fortschreitende Individualisierung der Menschen, den Zerfall traditioneller Strukturen und die Schwierigkeiten, vor die uns die demographische Entwicklung stellt. Die Aufgabe wird es also sein, die Spaltung der Menschen, die auch in unserer Partei immer deutlicher zu Tage tritt wieder zusammenzufügen.

Wie in der Vergangenheit wird sich unsere Partei auch diesmal dieser Herausforderung stellen und am Ende gestärkt aus der Debatte hervorgehen. Und möglicherweise werden wir auch in diesem Programm einige richtungsweisende und zukunftsorientierte Passagen finden, die auch in vielen Jahren nicht an Aktualität eingebüsst haben werden. So wie dies auch schon für andere Programme gilt.

Zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts habe ich ein Quiz zusammengestellt. Ich denke, es ist eine kleine Herausforderung und die Beschäftigung damit kann jedem in der Debatte um das neue Grundsatzprogramm nur dienlich sein. Im Folgenden werden Zitate aus SPD-Grundsatzprogrammen genannt. Diese müssen dem jeweils richtigen Entstehungsjahr zugeordnet werden. Leichte Aufgabe? Nun, ich denke Ihr werdet feststellen, dass die SPD ihrer Zeit schon immer etwas voraus war und das dies die Aufgabe nicht gerade vereinfacht. Und nun los:

- 1) *„Um alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen, muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird.“*
- 2) *„Stufenweise steigende Einkommens- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend ...“*
- 3) *„Sie [die Sozialdemokratie] tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa,“*
- 4) *„Eine großzügige Förderung soll den Studierenden ihre wissenschaftliche Ausbildung sichern. Allen Studierenden soll eine politische und sozialwissenschaftliche Grundbildung vermittelt werden.“*

5) *„Die Sozialistische Internationale bündelt und stärkt die Kräfte des Demokratischen Sozialismus. Sie muß weiterentwickelt werden, damit sie Wege zu einer demokratischen Weltgesellschaft weisen kann.“*

6) *„Planmäßige, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse angepaßte Bevölkerungspolitik. Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.“*

7) *„Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.“*

8) *„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, ...“*

9) *„Das Fundament unseres Wohlstands ist die Soziale Marktwirtschaft, die es ohne die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in Deutschland nicht gäbe. Unsere Ziele sind Wohlstand für alle und die Teilhabe aller Menschen an der Erwerbsarbeit.“*

10) *„Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden. [...] Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.“*

Die Lösung gibt es im nächsten EIMER!

GENOSSE MIESEPETER

ANGELA, ICH GEB DIR VON WEGEN SANIERUNGSFALL!

Unsere Kanzlerin versucht sich in Ehrlichkeit. Kaum zu glauben, aber diese Taktik funktioniert ebenso wenig wie ihre alte, das „Wegducken“. Ergebnis der neuen Ehrlichkeit: „Deutschland ist ein Sanierungsfall.“ Wahnsinn. Angela erklärt uns die Welt, oder wie? Ich meine jedem denkenden Menschen in diesem Land ist inzwischen klar, dass es große Probleme gibt, dass die Politik lange Zeit vor allem auf Abwarten gesetzt hat, statt rechtzeitig gegenzusteuern. Doch Sanierungsfall? Das klingt unverschämt. Unverschämt all jenen gegenüber, die Opferbereitschaft gezeigt haben. Die auf vieles verzichtet haben und auch in Zukunft verzichten werden, um die Zukunft der Gesamtgesellschaft zu sichern.

Nein. „Sanierungsfall“ hat gute Chancen auf den Titel „Unwort des Jahres“. Damit hat das Bundesmerkel allein der polemisierenden Opposition in die Hände gespielt. Der Begriff ist zu nichts nütze. Es sei denn, unsere Regierungschefin hat mal wieder mit ihrem Förderer und CDU-Übervater Helmut „Ich sag nix“ Kohl telefoniert und sich neue Strategieanweisungen abgeholt. Die Parole

könnte etwa so lauten: „Erst schlecht reden, dann wirkt alles wie eine Verbesserung, selbst der Stillstand“. Und mal abgesehen von der Wortwahl. Statt uns mit leerem Gequatsche auf die Nerven zu gehen, könnte Merkel endlich auch mal etwas konstruktives beitragen. Ihre bisherige Bilanz ist ernüchternd. Erst wochenlang außer Landes, dann nahezu abgetaucht und jetzt auf jedem Spiel der Nationalelf. Was zwar am Rande lobenswert sein mag, sich aber in Zeiten in denen hart arbeitende Fußballfans unglaubliche Strapazen über sich ergehen lassen, um wenigstens irgendein Spiel - und sei es nur Angola gegen Iran - zu sehen auch nicht gerade als Positivsignal gewertet werden muss. Zumal der bekennende Fußballfan Merkel bislang eher nicht bekannt war. Aber man sonnt sich eben gern im Erfolg anderer. So auch in der Politik. Beispiel gefällig? Bitteschön: Die einen fordern seit langem das Elterngeld, dann kommt die Junkerin auf dem Posten der Familienministerin und verkündet es, als sei es ihr achtetes Kind! So lebt die Union vorzüglich auf Kosten anderer. Politisch und moralisch. Bleibt nur zu hoffen, dass die Menschen diesmal nicht so schnell vergessen, wer an der „Sanierung“ unseres Landes bereits seit 1998 unermüdlich arbeitet, trotz größter Widerstände aus allen Lagern, auch dem der Union bis September 2005!

Euer Genosse Miesepeter
(Zuschriften an: miesepeter@jusos-rhein-neckar.de)



Du wolle Rose kaufe?!?

SEBASTIAN BARNERT
IHR FRAUENBEAUFTRAGTER FÜR RHEIN-NECKAR!

WÄHLEN GEHEN!

Der Kreisverband Rhein-Neckar - als größter KV in Baden-Württemberg stets Vorreiter - steht vor der Wahl eines Frauenbeauftragten. Unter anderem bewirbt sich hierfür der derzeitige, kommissarische Frauenbeauftragte Sebastian Barnert aus der AG Sinsheim. Als echter Frauenversther und sensibler Mann, ist er für diese Position bestens geeignet und bittet um Eure Stimme!

TERMINE TERMINE TERMINE

4. Juli 2006 - 20:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung (Ort folgt)
26. Juli 2006 - 20:00 Uhr	Podiumsdiskussion der JUSOS Rhein-Neckar: "Sind Jugendliche reif für den Arbeitsmarkt?", Jugendtreff Altes E-Werk, Dilsberger Straße 32, Neckargemünd
27. Juli 2006 - 20:00 Uhr	Stammtisch in Heidelberg ("Vater Rhein")

*ACHTUNG: Satire

IMPRESSUM

Herausgeber: Jusos Kreisverband Rhein-Neckar c/o Lars-Christian Treusch Amselweg 5 68535 Edingen-Neckarhausen	e-mail: eimer@jusos-rhein-neckar.de Internet: www.jusos-rhein-neckar.de Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin / des Verfassers wieder.
---	--